

Grüne in der Arbeiterkammer Alternative GewerkschafterInnen

Antrag an die Vollversammlung der Kammer für Arbeiter und Angestellte Tirol

Die Vollversammlung möge beschließen:

Die Vollversammlung der AK Tirol fordert die Stadtgemeinde Innsbruck auf, ihr Abfallgebührensysteem zu überarbeiten, um eine aufkommensgerechte Verteilung der Abfallgebühren zu sichern.

Begründung:

Derzeit zahlen in größeren Mietshäusern und genossenschaftlichen Wohnanlagen die Abfallsparer für die Abfallverschwender mit, da die Abfallgebühren mit den sonstigen Hausbetriebskosten nach qm Wohnfläche weiterverrechnet werden. Es gibt also kaum ökonomische Anreize für umweltbewußtes Verhalten, im Gegenteil, es werden umweltbewußte Haushalte eher demotiviert.

Eine Möglichkeit des zweckmäßigen marktwirtschaftlichen Anreizes zu umweltbewußtem Verhalten wäre ein Sacksystem, wie es in kleineren Gemeinden durchaus zufriedenstellend praktiziert wird: Die "Weitere Müllgebühr" würde dann durch Kauf von Müllsäcken der Gemeinde entrichtet und würde also streng aufkommensgerecht die einzelnen Haushalte belasten.

Gerade in großen Städten mit einem hohen Anteil von Mietwohnungen und auch Eigentumswohnungen in Wohnanlagen wäre es sinnvoll, durch Änderung der gesetzlichen Richtlinien und Umstellungen im Gebührensystem Anreize für Müllvermeidung und -Trennung bezw. Recycling zu schaffen.

Angesichts immer schärferer Auflagen und der steigenden Kosten für eine ökologisch verantwortbare Restmüllbehandlung ist zu erwarten, daß die Entsorgungsreise pro Einheit jedenfalls weiter steigen. Umso dringlicher ist es - auch aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit - Möglichkeiten zu schaffen, durch umweltbewußtes Verhalten auch Kosten zu vermeiden.

Der Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Umweltausschuß zuzuweisen.

KRin Katharina Willi

Wilk, 8.2.95

K Willi